



München, 12.08.2021

Weggeworfene Impfdosen in Bayern: SPD-Fraktion fordert bessere Koordinierung der Impfzentren und innovative Aktionen

Gesundheitsexpertin Ruth Waldmann: 53.000 Impfungen hätten längst an Jüngere, zum Beispiel Schülerinnen und Schüler, gehen können - Verantwortung liegt bei Staatsregierung

Die Gesundheitsexpertin der BayernSPD-Landtagsfraktion **Ruth Waldmann** kritisiert scharf, dass in Bayern nach neuesten Meldungen viel mehr Impfdosen weggeworfen werden als in anderen Bundesländern. "Dass wohl mindestens 53.000 Impfdosen weggeworfen wurden, ist eine furchtbare Nachricht - erst recht angesichts der drohenden vierten Welle im Herbst und der Reiserückkehrer", so Waldmann. "Es kann doch nicht sein, dass die Staatsregierung das einfach so laufen lässt und die Arbeit der Impfzentren nicht besser koordiniert." Das sei nun wirklich die Aufgabe der Corona-Task-Force.

"Angekündigt hat der Gesundheitsminister mehrfach, dass die Impfstrategie neu aufgestellt würde und man stärker auf mobile Impfteams setze. Passiert ist offenbar wenig, die Impfzentren werden allein gelassen, wie schon die ganze Zeit in der Pandemie." Es sei doch klar, dass es Top-Priorität habe, möglichst viele Menschen so schnell wie möglich zu erreichen und zu impfen. Anderswo seien die Impfzentren angehalten, durch Sonderaktionen oder ähnliches die Zahl der Impfungen zu erhöhen. In Bayern finde da offenbar keine Koordination durch die Staatsregierung statt. "Hier sind Kreativität und Initiative gefragt: Der Impfstoff muss zu den Menschen, ob mit oder ohne Bratwurst. Aktionen vor Freibädern, in Jugendzentren, auf Wochenmärkten oder auch abends auf den Feiermeilen: Da ist vieles denkbar. Besonders auf die Kinder und Jugendlichen ab 12 müssen wir zugehen. Da gibt es noch viel Verunsicherung, obwohl die Impfstoffe gründlich geprüft und für sie zugelassen sind. Sie haben lange und geduldig gewartet und es geht auch darum, den Schulbesuch für die Zeit nach den Sommerferien sicherer zu machen", so die stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit und Pflege.